

Cajamarca - im Kontext der peruanischen Politik

Der nationale und internationale Kontext (wirtschaftliche Abhängigkeit, IWF)

a) Grunddaten - Geographie und Bevölkerung in Peru¹

Peru ist mit einer Fläche von 1.285.215 km² der größte Andenstaat Südamerikas und fast viermal so groß wie Deutschland. Mit 26 Millionen Einwohnern ist Peru wesentlich dünner besiedelt als Deutschland. Im Großraum Lima lebt ein Drittel der Bevölkerung Perus. Die geografischen Verhältnisse sind von einer markanten Ausprägung dreier sehr unterschiedlicher Zonen gekennzeichnet: die Küste - die Sierra (Anden) - die Selva (Tiefland des Amazonas). Die Hauptstadt Lima liegt inmitten einer Küstenwüste, die sich vom Norden Perus bis nach Chile erstreckt - unterbrochen von 53 Flusstälern (Flussoasen), von denen lediglich zehn das ganze Jahr hindurch Wasser führen.

Im durchschnittlich etwa 40 km breiten Küstenstreifen (11,8% der Staatsfläche) wohnt inzwischen über die Hälfte der peruanischen Bevölkerung. Bereits im 19. Jahrhundert verlagerte sich der wirtschaftliche Schwerpunkt des Landes von der Sierra an die Küste. Ursachen dafür waren die geringer werdende Bedeutung feudaler Strukturen (Wirtschaft auf der Basis von Großgrundbesitz) und eine wachsende Bedeutung der Exportindustrie, die auf den Reichtümern von Rohstoffen beruhte, die an der Küste Perus gewonnen wurden: Salpeter (weswegen England einen Krieg zwischen Chile und Peru/Bolivien anzettelte), Guano (Vogeldung) und Fischmehl. Über viele Jahrzehnte war Peru der weltweit größte Exporteur von Guano und Fischmehl. Heute ist Peru der weltweit größte Exporteur von Spargeln. Der Spargelanbau ist an der Küste dank einer aufwendigen Bewässerung möglich. Größte Wachstumsbranche auf dem Agrarsektor ist seit 1998 der Anbau und Export von Blumen.

Die Sierra, das andine Hochland und der subtropische Osthang der Anden, umfasst 42,2% des peruanischen Staatsgebietes. Sie ist ein Teil der Anden, die sich durchgehend über 9.000 km an der Westseite des südamerikanischen Subkontinents entlang erstrecken. Die Hauptsiedlungszonen liegen auf einer durchschnittlichen Höhe von etwa 3.000 m. Die Sierra war das Kernland des Inkareiches und ist bis heute die Heimat der Indios. Zwölf bis vierzehn Millionen Menschen in den Anden Perus produzierten damals Nahrungsmittelüberschüsse, die in Vorratsspeichern gelagert und in Notzeiten an Witwen, Kranke und Waisen verteilt wurden. Grundlage einer blühenden Landwirtschaft waren hoch entwickelte Bewässerungssysteme, Terrassenanbau und der Anbau von Grundnahrungsmitteln für die Bevölkerung. Nach der Eroberung wurde die landwirtschaftliche Infrastruktur zerstört. Bis heute ist die Landflucht und das damit verbundene Anwachsen der Elendsviertel in den großen Küstenstädten und auch zunehmend in den Städten der Sierra, ein Hauptproblem Perus. Die Vernachlässigung der Sierra durch die peruanischen Eliten führte u.a. dazu, dass z.B. in den achtziger Jahren zeitweise 90% des Bedarfs an Getreide und Kartoffeln eingeführt werden mussten, hauptsächlich aus den übervollen Lagern der EU. Peru ist das Ursprungsland der Kartoffel. Eng verbunden mit dieser Vernachlässigung ist die bleibende Verachtung der Landbevölkerung durch städtische Eliten.

¹ Die Ausführungen stützen sich überwiegend auf Materialien von Misereor, der KAB Freiburg, der „Peru - Nachrichten“ des Perubüros der Erzdiözese Freiburg in Heidelberg und den „Mitteilungen“ der Infostelle Peru - Sitz in Freiburg. Es wird auf die genannten Materialien hingewiesen, um die hervorragende Arbeit der Basis- und Solidaritätsgruppen zu würdigen. Von ihrem Blickwinkel aus sind sie in der Lage, die Situation bei ihren Partnern sachgerecht beurteilen zu können. Daten und Geschehnisse beziehen sich überwiegend auf die Zeit bis 2000, einzelne Ergänzungen bis März 2004.

Die Selva nimmt 46% des Staatsgebietes ein. In ihr leben mit Abstand die wenigsten Menschen. Ihre größte wirtschaftliche Bedeutung liegt in der Erdölförderung und dem Anbau von Koka (im Übergang zu den Osthängen der Anden). Trotz ambitionierter Pläne ist die Selva nicht an das Straßennetz Perus angebunden und es gibt über die Selva keinen nennenswerten legalen Grenzverkehr mit den Nachbarstaaten Brasilien, Ekuador, Kolumbien und Bolivien. An den Andenabhängigen und im Tiefbecken des Amazonas leben noch verschiedene indianische Völker, die vom Aussterben bedroht sind. Das größte und am besten organisierte Volk sind die Aguarunas, die im nordöstlichen Teil des Departements Cajamarca zu Hause sind.

Über die Zusammensetzung der Bevölkerung liegen sehr unterschiedliche Angaben vor. Das hängt mit der Schwierigkeit zusammen, den „Grad der Vermischung“ zwischen Europäern und einheimischer Bevölkerung genauer zu bestimmen. Während das eine Extrem davon ausgeht, dass es - außer einigen Völkern in der Selva mit zusammen maximal 120.000 „Eingeborenen“ („Indígenas“) - keine reinrassigen Nachfahren der Inkas und anderer vorkolonialer Kulturen gibt und damit die überwiegende Zahl der Peruaner Mestizen (etwa 90%, Mischlinge von Weißen und Indios) sind, geht das andere Extrem davon aus, dass die Mehrheit der Bevölkerung, weil sie überwiegend indianische Vorfahren hat, auch noch als indianisch bezeichnet werden kann. Ebenso schwer ist zu beurteilen, ob die Bewohner der Elendsviertel z.B. in Lima noch als Campesinos oder Indios bezeichnet werden können bzw. ob sie sich so verstehen wollen. Einfacher ist es z.B. in Bambamarca: Wer auf dem Land lebt, ist ein Campesino und damit ein Indio und wer aus der Stadt stammt, ist ein Städter.

Die Bezeichnung „Indio“ bzw. „Campesino“ ist nicht zuerst (aber auch) rassistisch zu verstehen, sondern bezeichnet eher einen soziologischen und kulturellen Status. In der Rang- und Werteordnung der peruanischen Gesellschaft gelten z.B. ausgeprägte indianische Gesichtsmarkmale immer noch als Zeichen für „primitive“ Herkunft und Unkultur. Umgekehrt gilt der Helligkeitsgrad der Haut als Index für den sozialen Status - je heller, desto „vornehmer“. Seit der Militärrevolution von 1968 spricht man offiziell von „Campesinos“, die Diskriminierung aber bleibt bis heute bestehen. Es gibt einige wenige Campesinos und einige Intellektuelle indianischer Abstammung, die sich bewusst und voller Stolz als Indio bezeichnen.

Etwa 8% der Bevölkerung sind Weiße, 2-3% sind Nachfahren afrikanischer Sklaven.² Ein sehr populärer peruanischer Heiliger, San Martín de Porres, war afrikanischer Herkunft. Die Afroamerikaner leben fast ausschließlich an der Küste. Im 17. - 18. Jahrhundert war ihr Anteil an der Bevölkerung weit höher, landesweit bis zu über 10%, in Lima gar 50%.

b) Wirtschaftlich-soziale Situation - Grundprobleme

Der Kampf um das tägliche Brot prägt das Leben der Mehrheit der Bevölkerung in Peru. Da Cajamarca das Departement in Peru ist, in dem der Anteil der Landbevölkerung (Campesinos) prozentual am höchsten (1996: 78%) ist, wird die Situation aus der Sicht der Campesinos beschrieben - nicht z.B. aus der Sicht der Aktionäre oder der Wochenzeitung „Die Zeit“, die bereits in einem Artikel vom 25. Juli 1957 unter folgendem Titel über Peru berichtete: „Peru - ein Land der freien Wirtschaft und gesunden Währung: Hier kann man investieren.“

² Eine wirtschaftlich bedeutende Gruppe stellen die Nachfahren der im 19. Jahrhundert eingewanderten Ostasiaten dar (die damals vorwiegend im Bau der Eisenbahnstrecken eingesetzt wurden), obwohl sie weniger als 1% der Bevölkerung ausmachen. Diese Menschen werden verallgemeinernd „chino“ genannt. Auch Campesinofrauen, denen noch ihre ostasiatische Herkunft (Einwanderungen bis zum Ende der letzten Eiszeit vor 10.000 Jahren) wegen ihrer typischen Augenlidfalte anzusehen ist, werden gelegentlich „china“ genannt, wobei aber z.B. „chinita“ auch eine allgemeine und liebevolle Bezeichnung für ein Mädchen sein kann.

Um 1962, zu Beginn der Amtszeit Bischof Dammerts, verfügten etwa 5.000 Familien über 84% der landwirtschaftlichen Nutzfläche Perus. Auf diesen fruchtbaren Flächen wurden in Monokultur Produkte wie Zuckerrohr, Baumwolle, Kaffee, Soja usw. für den Verkauf auf dem Weltmarkt angebaut. 775.000 kleine landwirtschaftliche „Betriebe“ (Familien) mit maximal fünf ha teilten sich 1/12 der Flächen, etwa 7 % gehörten mittleren Betrieben. Diese Ackerflächen liegen meist an steilen und steinigten Berghängen, können nicht oder nur unter großem Aufwand bewässert werden und reichen für den Lebensunterhalt einer Familie meist nicht aus. Die Zahl der Campesinos ohne Land entspricht etwa der Zahl der Kleinlandwirte, je drei Millionen bei einer Bevölkerungszahl von damals zehn Millionen Menschen in Peru. Nur 2,7 % der Gesamtfläche des Landes sind landwirtschaftlich kultiviert. Für 58,2 % aller Campesinofamilien ist bis heute die Taclla, ein über Jahrtausende benutztes Holzinstrument, das wichtigste Werkzeug zur Bearbeitung (pflügen, graben, auflockern) des Bodens. Während die Landwirtschaft in den reichsten acht Industrieländern mit jährlich 366 Milliarden Dollar vom Staat subventioniert wird, investiert der peruanische Staat nicht in die eigene Landwirtschaft. Ausgenommen sind Steuererleichterungen für Großbetriebe an der Küste, die hauptsächlich für den Export produzieren. Der IWF³ fordert einerseits Steuererleichterungen für ausländische Investitionen und den Anbau von Exportgütern und fordert andererseits den Abbau von staatlichen Subventionen für die unrentablen Minifundien.⁴ Die Landwirtschaft einschließlich der Export orientierten Großbetriebe trägt nur 9% zum Bruttoinlandsprodukt bei. Gleichzeitig hat die Hälfte der Bevölkerung keinen ausreichenden Zugang zu Grundnahrungsmitteln.

Diese Besitzverteilung und die entsprechenden Machtverhältnisse sind ein Ergebnis der Kolonialzeit. Der Staat ist der Garant dieser Ordnung. Verfassung, Gesetze und Rechtsprechung stehen im Dienst zuerst des Großgrundbesitzes und später im Dienst und zum Schutz von ausländischen Kapitalinvestitionen. Aus einer Verknüpfung verschiedener Faktoren, die hier nicht alle behandelt werden können (vor allem Produktionsformen des modernen Sektors der Wirtschaft und der Industrie in Verbindung mit alten Feudalstrukturen), ergeben sich für die Masse der Bevölkerung folgende Konsequenzen (u.a.):

- Massenabwanderung vom Land und aus der Landwirtschaft (von der Sierra an die Küste); und als unmittelbare Folge davon Slumbildung und Verelendung in den Städten.
- Mangel an Grundnahrungsmitteln, die folglich eingeführt werden müssen - auf Kosten von möglichen Investitionen z.B. im Sozial- Gesundheits- und Bildungsbereich.
- Gleichzeitig stattfindende Kapitalflucht (Transfer der Gewinne) in die reichen Länder, statt Investitionen in einheimisches Handwerk und Kleinindustrie; Verpassen der Überschüsse durch einen importierten Lebensstil („American way of life“).
- Extreme Abhängigkeit von Weltmarktpreisen (Landwirtschaft, Rohstoffe, Importgüter) und Festlegung auf die Rolle des Rohstofflieferanten. Damit verbunden sind drastisch sich verschlechternde Tauschverhältnisse zu Ungunsten der armen Länder.

³ Internationaler Währungsfond: Seine Aufgabe besteht darin, armen Ländern zu helfen, die Integration in die bestehenden finanz- und wirtschaftspolitischen Strukturen zu erleichtern. Diese Integration ist an Bedingungen gebunden, die von den reichen Ländern als Modell vorgegeben werden.

⁴ Während in den reichen Nationen nicht nur die Landwirtschaft, sondern zentrale Industriezweige - in den USA bis 2000 besonders Bio- und Kommunikationstechnologie - von den jeweiligen Regierungen massiv subventioniert werden, wird im Namen der freien Märkte von den abhängigen Ländern verlangt, dass sie alle Subventionen radikal abbauen, besonders jene, die zu einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit mittels eigener Produkte führen könnten. Genau so extrem verhält es sich mit protektionistischen Maßnahmen: während z.B. die USA als Garant des freien Marktes alle jene Länder mit Strafen belegen, die zum Schutz ihrer schwachen Industrie und Wirtschaft entsprechende Schutzmaßnahmen ergreifen wollen, nutzen die USA ihre Stellung aus, um ihre eigene Wirtschaft aggressiv vor billiger ausländischer Konkurrenz zu schützen; umgekehrt zwingen sie die EU, der Einfuhr genmanipulierter Nahrungsmittel zum Wohl des eigenen Agrarbusiness zuzustimmen (z.B. 2003: Klage der USA vor der WTO gegen das Importverbot von genmanipulierten Mais aus den USA in die EU).

- Zerstörung der nationalen, arbeitsintensiven Kleinindustrie und des Handwerks (Mittelstand) durch Fördern ausländischer Investitionen und in den letzten Jahren durch eine künstliche Verteuerung (Koppelung an den Dollar) der einheimischen Währung, die den Export einheimischer Produkte erschwert und den Import von Luxusgütern erleichtert.
- Als Fazit: Allianz der einheimischen Oberschichten mit dem ausländischen Kapital im beiderseitigen Interesse und auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung.

c) Die Zeit von 1962 - 2003

In der jüngeren Vergangenheit spielten drei Themenkomplexe eine entscheidende Rolle, die auch für das Verständnis der Entwicklung in Cajamarca seit 1962 von Bedeutung sind: die Militärdiktatur von 1968 - 1980, der Terror von Sendero Luminoso von 1980 - 1992 und die zunehmende Auslandsverschuldung. Das Regime Fujimori (1990 - 2000) und die Aufarbeitung dieser Zeit bis 2003 bildet den Abschluss der Übersicht. Die drei Themenkomplexe machen den Rahmen deutlich, in dem sich die pastoralsoziale Arbeit der Diözese Cajamarca entwickelte und es lassen sich konkrete Auswirkungen auf diese Arbeit zeigen. Der Bezug zu Cajamarca und ihrem Bischof wird auch deswegen herausgestellt, weil Bischof Dammert sich zu diesen Themen immer wieder äußerte.

c, 1) Die Militärdiktatur von 1968 - 1980 und ihre Auswirkungen auf Cajamarca

Militärdiktaturen stellten bis in die siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts in Peru wie in den meisten Ländern Lateinamerikas keine Ausnahme dar, sondern sie waren die Regel. Noch im letzten Jahrhundert gab es nur zwei demokratische gewählte Präsidenten, die sich für eine längere Zeit an der Macht hielten bzw. wieder gewählt wurden.⁵ Die Militärdiktatur von 1968 - 1980 stellte dennoch eine Besonderheit dar: sie war die erste Militärregierung, die in weiten Kreisen der damaligen Internationalen Linken Sympathien oder gar Unterstützung erhielt. Der Putsch wurde von den Militärs und ihren Sympathisanten als eine Revolution verstanden, weil nun endgültig die kolonialen und feudalen Strukturen beseitigt und dem Volk der Weg zu Mitverantwortung und Besitz geebnet werden sollten. Diese „Revolution von oben“ rief als signifikantestes Beispiel eines Dritten Weges zwischen Kapitalismus und Sozialismus stalinistischer Prägung weltweit großes Interesse hervor. Das „Peruanische Modell“ war auch deswegen so attraktiv, weil angesichts zunehmender Guerillatätigkeit - angespornt von dem Erfolg der kubanischen Revolution seit 1959 - in verschiedenen Ländern Lateinamerikas nun plötzlich eine Alternative für Entwicklungsländer möglich schien.⁶

Am 3. Oktober 1968 putschte das Militär unter der Führung von General Juan Velasco Alvarado. Auslösendes Moment war das Verschwinden bestimmter Teile eines Vertrages (die dann berühmt gewordene „Seite 11“) der peruanischen Regierung mit dem nordamerikanischen Erdölkonzern International Petroleum Company. Konzessionen für die Förderung von Erdöl in der Selva wurden für ein Butterbrot an den nordamerikanischen Konzern verkauft, dem demokratisch gewählten Präsidenten Belaúnde (Analphabeten waren aber nicht stimmberechtigt) wurden von dem US-Konzern acht Millionen Dollar auf sein Privatkonto überwiesen, im in-

⁵ Manuel Prado, Präsident von 1939 - 1945 und von 1956 - 1963; Fernando Belaúnde, Präsident von 1963 - 1968 und wieder gewählt von 1980 - 1985. Die Amtszeit von Fujimori (1990 - 2000) wird heute in Peru allgemein als (zivile) Diktatur bezeichnet, zumindest die Zeit seit dem Putsch („autogolpe“) im April 1992.

⁶ Diese Revolution von oben ist nicht zu einem Modell für die Dritte Welt geworden. Es reicht der Hinweis darauf, dass auf Druck der USA 1980 Wahlen abgehalten wurden (nun mit Beteiligung von Analphabeten), aus denen Fernando Belaúnde Terry als Sieger hervorging - derselbe, der 1968 wegen dem „Ausverkauf nationaler Interessen“ von einem peruanischen Offizier an den Ohren und im Nachthemd aus dem Präsidentenpalast gezerrt worden war. Die dann einsetzende Reprivatisierung seit 1980 führte zu noch mehr Elend.

ternationalen Vergleich auch mit europäischen Staaten eine bescheidene Summe. Das Militär war damals nicht in die Korruption verstrickt und genoss eher das Vertrauen der Bevölkerung als die gestürzte Regierung. Auf dem Programm der Militärregierung standen die Nationalisierung aller in ausländischer Hand befindlichen natürlichen Ressourcen und die Befreiung von der Abhängigkeit vom Ausland. Die wirtschaftliche Grundlage der Agraroligarchie, der Großgrundbesitz, sollte auf dem Weg einer radikalen Agrarreform zugunsten der Kleinbauern und der Produktion von Grundnahrungsmitteln verteilt und die Wirtschaft durch Schaffung von sozialem Eigentum und der Mitbeteiligung aller an Entscheidungsprozessen demokratisiert werden. Um das Volk zu mobilisieren, wurde eine bis dahin beispiellose Kampagne zur „Erziehung des Volkes“ bis in die letzten Winkel der Republik gestartet. Die Jahrhunderte währende Unterdrückung der Campesinos sollte endgültig beseitigt werden. Im stolzen Rückgriff auf die Errungenschaften vorkolonialer Kulturen wurde an die Würde und Ehre des Volkes appelliert, endlich das Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen - unter der Führung der Militärs. Diese Botschaft wurde zumindest zu Beginn auch vom Volk (den Armen) begeistert aufgenommen.

Diese Militärregierung erregte vor allem wegen zweier Reformen internationale Aufmerksamkeit: die Erziehungsreform⁷ und die Landreform. Beide Reformen spielten auch in Cajamarca eine große Rolle - mit Auswirkungen bis heute.

Die Erziehungsreform orientierte sich an den Ideen von Paolo Freire und Ivan Illich. Die Armen sollten ihre eigene Situation erkennen und lernen, Veränderungen herbeizuführen. Die Kluft zwischen Schule und Arbeits- und Lebenswelt sollte überwunden werden. Lernen durch Arbeiten bzw. Aneignen von Wissen durch praktisches (manuelles) Tun hieß das Motto (Modell der polytechnischen Erziehung). Diese Reform führte zu sehr konkreten Einrichtungen. Es wurden kleine Einheiten aus Schulverwaltung und Kommune auf Bezirks- und Kommunalebene gebildet, in der gemeinsam mit den Eltern und Vertretern lokaler Organisationen die Bildungseinrichtungen des Bezirks koordiniert werden sollten (NEC - Nucleo Educativo Comunal). Ebenso entstanden neue Zentren, die eine Ausbildung in allen gesellschaftlichen Produktionsbereichen ermöglichen sollte. Vor allem die Bevölkerungsschichten, die bisher kaum Zugang zu den Schulen hatten, sollten eine Basiserziehung und Bildung erhalten, in der technisch-handwerkliche Fertigkeiten im Zentrum stehen sollten (EBL - Educación Básica Laboral). Dieser „Grundausbildung“ sollte sich dann eine dreijährige (technische) Berufsausbildung anschließen (ESEP - Escuela Superior de Educación Profesional).

Vor allem die NEC spielten in Cajamarca in der Folge eine große Rolle. Erstmals wurden Schulen errichtet, die Jugendlichen und Erwachsenen die Möglichkeit gaben, wirklich „für das Leben zu lernen“, konkret: in Bambamarca bekamen nicht mehr schulpflichtige Campesinos zum ersten Mal die Chance, sich bestimmte Tätigkeiten anzueignen. Aus diesem Gedanken heraus entwickelte sich die Idee der Campesinoschule „Alcides Vásquez“ (vgl. Kap. V). Die Kirche von Cajamarca stand dieser Reform sehr positiv gegenüber, besonders die ausländischen Mitarbeiter nutzten die neuen Möglichkeiten, im Geiste von Paolo Freire und ausgehend von den Bedürfnissen der Armen den Menschen Wege aus ihrem Elend aufzuzeigen. Bischof Dammert unterstützte diese Bestrebungen. Die Reform kam seiner Grundidee entgegen, durch integrale Bildung (formación) und Erziehung, die Menschen zu Subjekten ihrer eigenen Geschichte werden zu lassen. Die vielleicht positivste bleibende Errungenschaft der Reform war, dass sich bei den Armen die Einsicht durchsetzte, dass Bildung ein Schlüssel zu einer integralen Entwicklung ist.⁸

⁷ Zum Beispiel im Vorwort von Hildegard Hamm-Brücher, in: Erziehung auf Peruanisch, Wuppertal 1974. Und in pädagogischen Hochschulen und Seminaren wurde die peruanische Erziehungsreform als Modell vorgestellt.

⁸ Eine allgemeine Bilanz der Erziehungsreform kann hier - wie auch beim Thema der Landreform - nicht gezogen werden. Als gravierender Mangel stellte sich bald heraus, dass die meisten Lehrer die Reform ablehnten, weil sie mehr Arbeit und Engagement bedeutete, ihre Gehälter aber nicht angehoben und sie wenig inhaltlich auf die Reform vorbereitet wurden und wenn doch, dann in sehr indoktrinierender Weise. Für ein derartiges ambitioniertes

Selbstverständlich sollte die Erziehungsreform Hand in Hand mit der Landreform durchgeführt werden bzw. sie sollte diese unterstützen und begleiten. Bereits im Verlauf der fünfziger Jahre des 20. Jahrhunderts spitzten sich die Konflikte um das Land zu. Die zunehmende Zahl der Campesinos ohne Land machte die Situation immer explosiver, es kam zu immer heftigeren Auseinandersetzungen. In den sechziger Jahren entstand zum ersten Mal eine ernst zunehmende Guerrilla in den Anden. Damit wuchs der Druck auf die Regierungen, eine Landreform durchzuführen. Immer mehr Großgrundbesitzer resignierten, verkauften freiwillig ihr Land und investierten ihr Kapital in modernere Branchen und Betriebe an der Küste. Zu aufwendig war es, ihr (zum Teil brachliegendes) Land zu schützen. Der Aufwand stand in keinem Verhältnis mehr zum Ertrag und nur wenige Großgrundbesitzer standen modernen Produktionsmethoden und Arbeitsverhältnissen aufgeschlossen gegenüber.⁹

Andere Großgrundbesitzer rechneten mit einer baldigen Landreform und zogen es vor, ihr Land noch zu verkaufen, bevor sie enteignet würden (bereits 1962 und 1964 gab es erste Schritte hin zu einer Landreform). So hatten schon vor der Landreform der Militärregierung einige Großgrundbesitzer ihr Land verkauft und es war bereits eine kleine neue Schicht von relativ wohlhabenden Campesinos entstanden. Die große Masse der Campesinos aber blieb weiter ausgeschlossen, ihre Forderungen aber wurden immer lauter. Auf der Hazienda Chala (Bambamarca) kam es 1962/63 zu den ersten Streiks der Landarbeiter und 1966 zu ersten illegalen Landbesetzungen. Die Besetzer teilten das Land unter sich auf. Der Besitzer der Hazienda Chala, Luis Zárate, schickte die Polizei nach Chala (er selbst lebte in Cajamarca), doch die Polizei ließ sich von etwa 2.000 Campesinos derart einschüchtern, dass sie unverrichteter Dinge wieder abzog. Nicht zuletzt war es die neue Haltung der Kirche von Cajamarca, die viele Campesinos in ihrer Forderung nach Land ermutigte und Großgrundbesitzer entmutigte.

Die dann 1969 von den Militärs dekretierte Landreform geschah auf diesem Hintergrund. In mehreren Hazienden der Diözese Cajamarca war ein Teil des Landes bereits in die Hände von neuen Besitzern gelangt. Es gab eine Schicht von etwa 20 - 80 neuen Besitzern pro Hazienda. Darunter waren auch des Öfteren Angehörige des jeweiligen Großgrundbesitzers, der Teile seiner Hazienda in Parzellen unter 50 ha an Angehörige überschrieb, weil alle Besitzungen unter 50 ha von der Reform nicht betroffen waren. Die Landreform verteilte das Land unter diese neuen Besitzer, die große Mehrheit der Campesinos blieb ohne Land. Speziell in Cajamarca kam ein Umstand hinzu, der eine effektive Reform verhinderte. Die Reform war zwar 1969 dekretiert worden, doch konnte sie in Cajamarca offiziell erst 1972 in Angriff genommen werden, erst da waren die entsprechenden Behörden in Cajamarca eingerichtet worden. Inzwischen hatten viele Großgrundbesitzer ihren Besitz, einschließlich Maschinen, Viehbestand etc. zu Geld gemacht und waren bereits an die Küste abgewandert.

Neben den schon erwähnten Vorbedingungen ist aus folgenden Gründen die Landreform nicht zu dem Erfolg geworden, den sich die Regierung und die Campesinos erhoffte hatten:

- Eine große und schwerfällige staatliche Bürokratie wurde geschaffen, was u.a. dazu führte, dass zwischen der Ankündigung und Durchführung einer Maßnahme Jahre vergingen.
- Die Großgrundbesitzer konnten Einspruch gegen die Aufteilung ihres Besitzes anmelden, das jeweilige Verfahren konnte sich über viele Jahre hinziehen.

Vorhaben wurden im Haushalt zudem keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung gestellt.

⁹ Eine moderne landwirtschaftliche Betriebsführung erforderte eine radikale Umstellung bisheriger und veralteter Methoden, um in einem zunehmend offeneren und freieren Markt konkurrenzfähig bleiben zu können, z.B.: Aussaat und Ernte nach genauen zeitlichen Vorgaben, Einführung neuer Zuchtrassen und Pflanzensorten, Errichtung von Ställen, moderne Gerätschaften, professionelle Verwaltung und Buchführung, Bau von Wasserkanälen, Motivation des Personals (der Landarbeiter), Vermarktung der Produkte an der Küste etc. Viele Großgrundbesitzer wollten oder konnten nicht ausreichend investieren und gaben ihren Betrieb auf. Sie parzellierten z.B. ihre Grundstücke, verkauften sie und zogen an die Küste.

- Die Großgrundbesitzer wurden vom Staat entschädigt, das dafür notwendige Geld wurde von allen Campesinos, die Land besaßen, eingezogen - auch von Campesinos die z.B. nur einige Quadratmeter Land besaßen und nicht von der Reform begünstigt worden waren. Diese Kleinstbesitzer wurden dadurch immer mehr verschuldet.
- Das dadurch frei gewordene Kapital wurde nicht in den Agrarbereich investiert, sondern entweder ins Ausland geschafft, konsumiert oder in Industrie und Handel investiert. Nur 5% der Entschädigung für die Großgrundbesitzer wurden in Peru re-investiert.
- Die vom Staat geschaffenen Genossenschaften wurden von der neuen Schicht der wohlhabenderen Campesinos und einigen staatlichen Funktionären beherrscht. Diese verhielten sich zu der Mehrzahl der Campesinos, besonders gegenüber den Landlosen, wie die ehemaligen Großgrundbesitzer.
- Durch mangelnde Kenntnisse in modernen Anbaumethoden, Vermarktung etc. und durch Streit innerhalb der Genossenschaften sank die landwirtschaftliche Produktion, viele Haciendas zerfielen.
- Der Staat investierte kein Geld in die landwirtschaftliche Infrastruktur, in Ausbildung und in die Möglichkeit für die neuen Besitzer, Kredite aufnehmen zu können.
- Die Ankündigung der Landreform („das Land für den, der es bearbeitet“) weckte in allen Campesinos große Hoffnungen, die aber meist nicht erfüllt werden konnten. Der Konflikt mit der Militärregierung war damit vorprogrammiert und er fiel umso härter aus, je bewusster die Campesinos waren (wie z.B. in Bambamarca).
- Nur maximal 20% der ländlichen Bevölkerung in Peru profitierten von der Reform. Die Einkommensunterschiede unter den Campesinos wurden größer.

Bischof Dammert setzte sich schon als Weihbischof von Lima für eine Landreform ein, diese sollte so schnell als möglich in Angriff genommen werden. In seiner Abschlussansprache zur „Zweiten Sozialwoche in Peru“ im August 1961 war das Hauptthema die Forderung nach einer gerechten Landreform. Im Namen der peruanischen Kirche forderte er Politiker und Experten auf, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um das Leben der Campesinos zu verbessern. Dies könnte am besten mit Hilfe einer wirksamen Landreform geschehen. Dabei berief er sich hauptsächlich auf die wenige Monate zuvor erschienene Enzyklika „Mater et Magistra“ (15. Mai 1961) von Papst Johannes XXIII. Als am 24. Juni 1969 die Landreform von den Militärs dekretiert wurde, nahm die peruanische Bischofskonferenz am 18. Juli 1969 in einer offiziellen Erklärung dazu Stellung. Sie sprach von einem historischen Moment, weil nun zum ersten Mal in der peruanischen Geschichte die Campesinos die Chance hätten, Herren ihres eigenen Schicksals zu werden. Die Bischöfe Perus betonten die Notwendigkeit radikaler Strukturveränderungen zugunsten der Ärmsten der Gesellschaft. „Vielen Campesinos werden die Güter und Reichtümer der Gesellschaft vorenthalten. Dies ist nicht vereinbar mit dem Willen Gottes. Der Mensch ist aufgerufen, seine eigene Existenz in Einheit mit seinen Geschwistern zu gestalten und sich für eine menschlicher werdende Erde einzusetzen, in der die Güter dieser Erde zum Medium einer wahrhaften Kommunion zwischen den Menschen werden“.¹⁰ Unter Berufung auf Mt 25, 35 ff (Weltgericht) wird die Reform indirekt als erster Schritt zur Verwirklichung der Worte Jesu gewertet, in denen er sich mit den Hungernden und Leidenden identifiziert, denen geholfen werden muss. Es wird an alle gesellschaftlichen Gruppen appelliert, die Reform zu unterstützen. Ein besonderer Appell geht an alle Priester und Ordensgemeinschaften, den Prozess der nationalen Umgestaltung zu fördern und sich aktiv daran zu beteiligen. Sie selbst verpflichten sich, sich in den Dienst eines gerechten, freien und geschwisterlichen Perus zu stellen.

¹⁰ Sobre la ley de la Reforma Agraria, Declaración del Episcopado Peruano, Lima, 18. 7. 1969. In: Iglesia y Campesinado. Selección de textos y documentos pontificios y episcopales, documentación Vol. III, Nr. 1. Lima: CEAS, 1982, S. 48 - 51.

Die Kirche von Cajamarca mit Bischof Dammert begrüßte daher anfangs die Landreform der Militärs und arbeitete mit den staatlichen Behörden zusammen. Doch spätestens 1974 kam es zum Bruch, hervorgerufen durch staatliche Funktionäre vor Ort, denen die Campesinos sehr bald nicht mehr vertrauen konnten. Das diözesane Institut für ländliche Erziehung (IER) musste Ende 1972 schließen, weil ein vergleichbares staatliches Institut das Monopol auf dem Land beanspruchte.¹¹ Dammert kritisierte in der Folge vor allem die zunehmende Bürokratisierung der Reform und die Arroganz der Funktionäre gegenüber den Campesinos, die nie als wirkliche Partner betrachtet wurden. Dammert warf den staatlichen Behörden vor, dass durch die Landreform das eigentliche Problem der Minifundien nicht gelöst wurde und dies wohl auch nicht beabsichtigt war. „Die Reform hat noch nicht einmal versucht, das schwerwiegende Problem der Minifundien anzugehen, das seine Wurzeln schon in der vorkolonialen Epoche hat. Im Bereich der Erziehung lässt sich lediglich eine Zunahme der Bürokratie und der staatlichen Mittel wahrnehmen, ohne dass dies den Comunidades zugute käme“.¹²

Am Beispiel von Bambamarca wird deutlich werden, dass sich zwischen der Theorie und der Ausführung der Reform eine gewaltige Kluft auftat. Bis heute nimmt die Problematik der Landverteilung und der Besitzverhältnisse die zentrale Rolle im Leben der Campesinos ein. Immer kleiner und wenig ertragreicher werdende Minifundien und fehlendes Interesse des Staates an der Förderung der Landwirtschaft führen neben anderen Faktoren zu einer zunehmenden Landflucht. Die sozialpastorale Arbeit der Diözese Cajamarca war entscheidend von den Konflikten um das Land bestimmt. Schwerpunkt der sozialpastoralen Arbeit war, die Campesinos zu stärken und mit ihnen alternative Perspektiven zu entwickeln. Dabei geriet sie in Konflikt mit den Programmen und Behörden der Militärregierung.

c, 2) Die Zeit des Terrors: Sendero Luminoso (1980 - 1992)

Um 1990 glaubten viele Peruaner, das Ende der peruanischen Republik und der Zusammenbruch des Staates stünden unmittelbar bevor. Zu groß war die Verunsicherung angesichts des alltäglichen Terrors, die Bevölkerung und die Organe des Staates schienen gelähmt und starr vor Furcht. Verstärkter Militäreinsatz erzeugte nur noch mehr Gewalt und der Terror rückte immer mehr in die Städte ein bzw. den Terroristen gelang es, die Städte einzukreisen. Die Stadtzentren wirkten nach Einbruch der Dunkelheit wie ausgestorben. Ein Drittel des peruanischen Staatsgebietes galt als „befreite Zone“. Der Terror wurde von Sendero Luminoso entfesselt.¹³ Diese Art des „Volksaufstandes“ hatte nichts gemein mit Befreiungsbewegungen wie z.B. der Sandinisten in Nicaragua und mit anderen Guerillabewegungen in Lateinamerika.¹⁴ In der Zeit der höchsten Gefahr war Bischof Dammert Präsident der peruanischen Bi-

¹¹ Rückblickend schreibt Dammert: „Es war die Meinung weit verbreitet, dass das IER gescheitert sei, aber es hat eine wichtige Aufgabe erfüllt. Die Bemühungen des IER wurden zuerst von der Revolutionsregierung der Streitkräfte unterstützt, vor allem durch deren Land- und Erziehungsreform. Dieser Prozess führte dazu, dass der Campesino sich in kommunale und kirchliche Angelegenheiten einmischte und das Interesse geweckt wurde, sich um die nationalen Probleme zu kümmern“. Pastoral rural en Cajamarca. Lima: CEP, 1979. Archiv IBC.

¹² Dammert: El deterioro de Cajamarca, 10. 12. 1975. Archiv IBC. Das Schreiben wurde auch in der nationalen Tageszeitung „Expreso“ (Lima) am 16. 12. 1975 veröffentlicht.

¹³ Eine zweite, mit Sendero konkurrierende Terrorbewegung, ist die MRTA („Movimiento Revolucionario Túpac Amaru“), die zuletzt 1997 durch die Besetzung der japanischen Botschaft in Lima von sich reden machte, aber sonst kaum noch eine Rolle spielt. Im Unterschied zu Sendero waren es die Kader (Intellektuelle) selbst, die „in den Kampf“ zogen. Ihr Vorbild - wie der Name sagt - war Túpac Amaru II, der Ende des 18. Jahrhunderts einen Aufstand der Indios im Süden Peru organisierte, der die Kolonialmacht ernsthaft in Gefahr brachte. Der Aufstand wurde niedergeschlagen und Túpac Amaru II. 1781 auf der Plaza de Armas von Cusco gevierteilt.

¹⁴ In Verkennung der Ideologie von Sendero Luminoso und deren furchtbarer Praxis unterstützten einige Solidaritätsbewegungen in Europa und besonders in Deutschland den Sendero Luminoso und feierten ihn als neue Befreiungsbewegung. Auch innerhalb der deutschen (nichtkirchlichen) Perugruppen kam es zu einer Spaltung. Einige Senderistas erhielten Asyl in Deutschland, obwohl sie von Sendero gezielt nach Europa geschickt worden waren,

schofskonferenz (1990 - 1992) und auch die Diözese Cajamarca war vom Terror betroffen. Sie gilt aber als Beispiel dafür, wie dem Terror langfristig hätte begegnet werden können. Sendero Luminoso - der „Leuchtende Pfad“ - ist als neue Partei durch Abspaltung von der von Moskau abhängigen kommunistischen Partei Perus während der zweiten Phase der Militärdiktatur entstanden. 1979 fasste die neue Partei unter Führung von Abimael Guzmán den Entschluss, den bewaffneten Kampf aufzunehmen. Im Frühjahr 1980 kam es zu ersten Terroranschlägen. Nach Ansicht von Sendero Luminoso ist Peru ein halbfeudaler Staat, der von einer faschistischen Militärdiktatur beherrscht wird. Auch demokratische Wahlen und die Ablösung der Militärs können demnach keine grundlegenden Änderungen bringen. Militärs sind lediglich die Handlanger einer allmächtigen Oligarchie. Säulen dieser Herrschaft bilden die noch erhaltenen feudalen Strukturen einer kolonialen Gesellschaftsordnung und die neuen, oft nahtlos aus dem Großgrundbesitz hervorgegangenen Kapitaleigentümer einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Dieses System ist grundsätzlich nicht reformierbar. Alle Versuche, das System durch Reformen - dazu gehören auch Entwicklungshilfe, Parlamentarismus, Gewerkschaften, Sozialprogramme - zu ändern, stabilisieren nur das System und lähmen den Widerstandswillen der Massen. Das ist nach Guzmán auch das eigentliche Ziel von staatlicher und kirchlicher Entwicklungshilfe. Deswegen werden Gewerkschafts- und Bauernführer ermordet, Entwicklungsprojekte zerstört und Wahlen boykottiert. Zuerst muss das System mit allen seinen Repräsentanten und Institutionen völlig zerstört werden, bevor etwas ganz Neues aufgebaut werden kann. Alle Bewegungen und Kräfte, die nicht am bewaffneten Kampf teilnehmen, sind Komplizen des Systems und werden als solche bekämpft. Basis des Widerstandes sind das Land und die Campesinos, die von einer revolutionären Avantgarde angeführt werden. Die Guerilla ist der bewaffnete Arm einer Kaderpartei. Vom Land her werden die Metropolen eingekreist und besiegt. Dies ist auch im Weltmaßstab - Peripherie und Zentrum - zu verstehen. Diese Ideologie hat in Lateinamerika keine Vorbilder, sie erinnert ideologisch zuerst an Mao und dann an Lenin. In der Praxis zeigen sich starke Ähnlichkeiten mit den Khmer Rouge des Pol Pot (Kambodscha). Die Kader rekrutieren sich aus der Universität, Guzmán ist u.a. ein ausgezeichneter Hegelkenner. Sendero Luminoso versteht sich selbst als marxistisch-leninistisch-maoistische Partei. Am 12. 9. 1992 wurde „Presidente Gonzalo“, wie Abimael Guzmán genannt wurde, zusammen mit Mitgliedern des Zentralkomitees in Lima verhaftet. Er verbüßt eine lebenslange Haftstrafe, zuerst in einem Sondergefängnis bei Puno, danach auf einer Gefängnisinsel vor der Küste von Lima.

Die Bilanz des Volkskrieges ist verheerend. Mindestens 30.000 Menschen fielen dem Terror zum Opfer. Bis heute (2002) gibt es noch zahlreiche Verschwundene und Unschuldige in den Gefängnissen. Denn der Terror der Militärs steht dem Terror des Sendero kaum nach. Vereinfacht ausgedrückt: In der Nacht überfällt der Sendero Luminoso ein Dorf, selektioniert die Repräsentanten des Systems und Kollaborateure aus, hält ein Volksgericht ab, in dessen Verlauf die „Feinde des Volkes“ zum Tode verurteilt und anschließend gleich erschossen werden. Am nächsten Tag rückt das Heer in das Dorf ein, beschuldigt alle Bewohner der Kollaboration mit den Terroristen, weil sie sich nicht gewehrt haben, und erschießt wahllos ein Dutzend Menschen als Abschreckung. Nicht statistisch erfassbar sind die seelischen Verwüstungen, ein Klima der Angst und des Verrats, ein Einfrieren des öffentlichen Lebens, Verluste für die Wirtschaft, im Tourismus etc. Freilich wird die Existenz des Terrors immer wieder als Vorwand genommen, um die wahren Ursachen der Armut zu verschleiern. Diese Ursachen bestehen weiter. Auch der Sendero Luminoso besteht weiter und ist nicht endgültig zerschlagen. Bis heute kommt es noch vereinzelt zu Terroranschlägen und Überfällen auf die Armee.¹⁵

um hier Sympathisanten und finanzielle Unterstützung zu gewinnen und Perugruppen auszuspionieren.

¹⁵ Nachtrag 2003: Im Vorfeld des Besuches des US - amerikanischen Präsidenten im März 2002 wird in der Nähe der Botschaft der USA eine Autobombe zur Explosion gebracht, der neun Menschen zum Opfer fallen, viele werden schwer verletzt. Der Verdacht wurde gezielt auf den Sendero gelenkt. Am 9. Juni 2003 wurde ein Lager einer argentinischen Firma im Departement Ayacucho überfallen und 71 Mitarbeiter entführt. An dem Überfall

Obwohl es auch in Cajamarca zu vereinzelt terroristischen Aktivitäten kam, war die Situation dennoch grundverschieden. Da Cajamarca das Departement mit dem höchsten Anteil von Campesinos und stets eines der ärmsten Departements des Landes war, hatte Sendero großes Interesse, hier Fuß zu fassen und die Campesinos zum bewaffneten Aufstand zu bewegen. Doch in keinem ländlichen Departement in Peru hatte Sendero so wenig Erfolg, wie in Cajamarca. Das war das Ergebnis der sozialpastoralen Arbeit der Kirche von Cajamarca. Alle Versuche des Sendero Luminoso, besonders in Bambamarca Fuß zu fassen, scheiterten an der klaren Absage der Campesinos und der Mitarbeiter Bischof Dammerts. Lediglich im Süden der Diözese (Cajabamba) gelang es Sendero, im kleineren Rahmen aktiv zu werden.¹⁶ Dort waren die Organisationen der Campesinos am wenigsten entwickelt. Die bereits weit fortgeschrittene demokratische Organisation der Campesinos, ihr Bewusstsein als Kirche und ihre soziale Projekte verhinderten, dass Sendero unter den Campesinos Anhänger finden konnte. Bischof Dammert verurteilte als Präsident der peruanischen Bischofskonferenz im Namen der peruanischen Kirche den Terror aufs Schärfste, wies aber gleichzeitig auf die Gewalt der Militärs und auf die wahren Ursachen des Terrors hin (Ungerechtigkeit, Rassismus etc.).

c, 3) Auslandsverschuldung, Rolle des IWF und die gegenwärtige Situation seit 1990

Schon zu Kolonialzeiten musste Peru seine wertvollsten Produkte wie Bodenschätze, Baumwolle, Textilwaren und landwirtschaftliche Produkte nach Europa exportieren, ohne einen angemessenen Gegenwert zu bekommen. Bis in die heutige Zeit änderte sich daran nichts Grundlegendes, Peru nimmt innerhalb der Weltwirtschaft noch die gleiche Rolle ein. Heute exportiert Peru in erster Linie Fischmehl, Blumen, Spargel, Öl und immer noch (und wieder vermehrt) Gold, Silber und Kupfer. Nicht zu vergessen sind die hoch qualifizierten Arbeitskräfte (Wissenschaftler, Ärzte etc.), die ins Ausland gehen oder direkt abgeworben werden. Dieser über Jahrhunderte einseitige Handel führte zu einer immer größer werdenden Auszehrung und schließlich Verschuldung des Landes.

Die aktuelle Verschuldung hat konkrete Ursachen (in Stichpunkten): Entwicklungskonzepte aus den sechziger und siebziger Jahren, die eine wirtschaftliche Angleichung der armen an die reichen Länder durch Förderung industrieller Großprojekte erreichen wollten („Pharaonenprojekte“); Waffenkäufe und Rüstungswettlauf mit den Nachbarländern (dies macht allein ein Fünftel der gegenwärtigen Schulden aus); eine Kapitalflucht, die pro Jahr die Höhe der zu zahlenden Zinsen zur Auslandsverschuldung übertrifft; der Import von Verbrauchsgütern (vor allem durch die Oberschicht) verschärft massiv die negativen Zahlungsbilanzen; vagabundierende Petrodollars als Folge der massiven Erhöhung des Erdölpreises seit 1973 suchten

waren etwa hundert Bewaffnete beteiligt. Sie haben eine Million Dollar Lösegeld gefordert. Die peruanische Presse geht davon aus, dass Sendero hinter der Aktion steht. Im ersten Halbjahr 2003 wurden bereits 134 terroristische Aktivitäten registriert, u.a. auch Überfälle auf Militärstationen. Der Sendero hat sich offensichtlich gespalten: während eine größere Gruppe dem Aufruf ihrer Führer von 1993 folgte, den bewaffneten Kampf einzustellen, will eine andere Gruppe, die sich „Proseguir“ nennt, den Kampf wieder aufnehmen. Angesichts der Schwäche der aktuellen Regierung Toledo (nach Umfragen im Juni 2003 liegt die Zustimmung für Präsident Toledo bei 11,2 %) und zunehmender Verunsicherung werden inzwischen wie in den Hochzeiten des Terrors von politisch einflussreichen Gruppierungen und einem Großteil der Presse (besonders der Boulevardpresse) auch soziale Bewegungen des Terrorismus verdächtigt. So werden u.a. die Proteste von Campesinos und Bürgerbewegungen gegen die Goldmine in Cajamarca als von Sendero gesteuert dargestellt. In der Öffentlichkeit wird darüber diskutiert, ob diese zunehmenden Beschuldigungen im Zusammenhang mit einer Kampagne zur Destabilisierung der aktuellen Regierung stehen, ausgehend von mächtigen Anhängern von Fujimori, der seinem Nachfolger eine Vernachlässigung des Antiterrorkampfes vorwirft.

¹⁶ Auf die Frage in einem Zeitungsinterview, wie sich in seiner Diözese der Terror des Sendero zeige, antwortete er: „Bisher ist nichts geschehen. Im November war ich in einer Comunidad bei Cajabamba, wo der Sendero präsent ist. Ich habe gefirmt, gepredigt und jede Gewalt verurteilt. Am nächsten Tag stand auf Hauswänden gemalt: ‚Der Bischof ist gekommen, um dem Volk eine Schlaftablette zu verabreichen. Das war alles. An einigen Orten wurden Priester von Sendero gebeten, die Campesinos nicht zu organisieren‘. („La República“, Lima, 17. Dezember 1991. Archiv IBC). Er wurde als Präsident der peruanischen Bischofskonferenz befragt.

rentable Anlagemöglichkeiten in armen Ländern; Einfuhr von Grundnahrungsmitteln als Folge einer am Export orientierten Landwirtschaft; Privatisierungswelle vor allem seit 1990, durch die noch mehr Kapital in ausländische Unternehmen fließt und dadurch dem Land entzogen wird; steigende Zinsschulden.

Die gegenwärtigen Schulden Perus (2002) betragen 32 Milliarden Dollar, die jährlich zu zahlende Zinslast beträgt 2,1 Milliarden Dollar. 1978 beliefen sich die Schulden Perus noch auf 8 Milliarden Dollar. Inzwischen hat Peru mehr an Zinsen bezahlt, als es je an Krediten insgesamt bekommen hat. Es geht auch nicht mehr darum, die Schulden abzahlen zu können, sondern alle Anstrengungen richten sich allein darauf, die jährlichen Zinsen bezahlen zu können, um nicht für zahlungsunfähig erklärt zu werden.¹⁷ Die Entscheidung über die Kreditwürdigkeit eines Landes trifft der IWF. Um den armen Ländern aus der Schuldenfalle zu helfen und sie an den Weltmarkt heranzuführen und konkurrenzfähig zu machen - so die Begründung - diktiert der IWF die Bedingungen zur Sanierung der Staatshaushalte der verschuldeten Länder (außer den USA, dem am höchsten verschuldeten Land der Welt). Die Kosten dieser „Sanierung“ müssen in der Regel die Armen bezahlen, die selbst von den Krediten nie etwas gesehen haben. Die Folgen sind verheerend. Dem peruanischen Staat wird diktiert, nicht in „unproduktive Bereiche“ wie Gesundheit, Bildung, Selbstversorgung (Subsistenzwirtschaft) und generell in soziale Projekte neu zu investieren, sondern die Staatsausgaben für diese Bereiche drastisch zurückzufahren. Die Folge sind eine weitere Verelendung der Bevölkerung, die Zahl der Menschen in extremer Armut steigt.

Der erste massive Eingriff des IWF in Peru geschah bereits 1974, als das Experiment einer „Revolution von oben“ von den USA und dem IWF, in dem die USA eine Sperrminorität besitzen, gestoppt wurde. General Velasco musste abgelöst werden. 1978 musste sich Peru endgültig den Bedingungen des IWF unterwerfen. Bei den Verhandlungen über die Umschuldung von damals acht Milliarden Dollar Auslandsschulden musste Peru, wie andere mit Krediten voll gepumpte Länder, folgende Bedingungen akzeptieren:¹⁸ Senkung der Staatsausgaben (der Sozialausgaben u.a. im Bildungs- und Gesundheitsbereich); Streichung aller Subventionen (vor allem für Grundnahrungsmittel); freier Kapitalverkehr (Gewinne können ungehindert aus dem Land geschafft, ausländisches Kapital kann in Gewinn versprechende Vorhaben beliebig investiert und wieder abgezogen werden); Herstellung eines sicheren Investitionsklimas (Zerschlagen der Gewerkschaften, Löhne werden gesenkt, Kaufkraft sinkt); verstärkte Konzentration auf den Export statt Eigenkonsum (Mobilisierung aller landwirtschaftlicher und natürlicher Ressourcen zwecks Beschaffung von Devisen, um die fälligen Zinsen bezahlen zu können). Die Kürzung der Rüstungsausgaben wurde übrigens nicht zur Bedingung gestellt, im Gegenteil, der peruanischen Regierung wurden günstige neue Kredite zur Modernisierung der Streitkräfte angeboten, u.a. von Deutschland. Im gleichen Jahr (1978) kommt es zu Unruhen, die gewaltsam niedergeschlagen werden. Ein Ergebnis der Maßnahmen: 1979 konnte eine peruanische Durchschnittsfamilie mit ihrem Monatseinkommen nur noch halb so

¹⁷ Inzwischen haben alle hoch verschuldeten Länder ein Vielfaches der ursprünglichen Schuldenlast an Zinsen bezahlt. So belaufen sich z.B. die aktuellen Auslandsschulden von Ecuador auf 11,2 Milliarden Dollar. Im Zeitraum von 1970 - 2002 hat aber Ecuador allein an Zinsen bisher 88,935 Milliarden Dollar bezahlt, nahezu das Achtfache. Die Schuldenlast ist deswegen nicht geringer geworden, sondern sie steigt weiter an (Meldung in „El Comercio“, Lima, vom 28. Juni 2003).

¹⁸ Vgl. Bello, Walter: Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank. In: Mander, Goldsmith (Hrsg.): Schwarzbuch Globalisierung. München: Riemann-Verlag, 2002, S. 191. Hier werden die sieben hauptsächlichen Bedingungen des IWF für Kredite aufgezählt (auch Strukturanpassungsprogramme genannt): Abbau von Schutzzöllen für die einheimische Wirtschaft; keine Kontrolle von Auslandsinvestitionen; Umwandlung einer an der Produktion von Grundnahrungsmitteln orientierten Landwirtschaft in eine durch Monokulturen gekennzeichnete, am Export orientierte Landwirtschaft; Aufhebung von Preiskontrollen und Einführung von Lohnkontrollen; drastischer Abbau staatlicher Leistungen u.a. im Gesundheitswesen; aggressive Privatisierung von Staatsbetrieben; Durchführung eines Deregulierungsprogramms, also Aufhebung staatlicher Vorschriften zum Arbeits- und Umweltschutz und zum Schutz der natürlichen Ressourcen.

viel Nahrungsmittel kaufen wie 1972. Der Präsident der peruanischen Zentralbank charakterisierte 1979 die Maßnahmen des IWF wie folgt: „Die sozialen Kosten dieser Politik sind dramatisch. Sie bedeutet den Tod für rund 500.000 Kinder und sie bringt eine unbestreitbare Wirklichkeit mit sich: die Peruaner werden einer Hungerkur unterworfen“.¹⁹

Wenn an dieser Stelle vor allem die siebziger Jahre im Mittelpunkt stehen, dann geschieht dies deshalb, weil in der Öffentlichkeit oft der Eindruck vermittelt wird, die Schuldenkrise habe z.B. erst 1982 (1. Zahlungsunfähigkeit Mexikos) oder noch später begonnen. Es wird deutlich, dass alle genannten Maßnahmen bis 2002 nur zu einer weiteren Verelendung der Mehrheit der Bevölkerung und zu einer Kapitalvermehrung bei den Reichen geführt haben. Die geschilderten Maßnahmen und die damit verbundene Politik auf der Basis einer sanktionierten Werteordnung werden im Prinzip seit dem 16. Jahrhundert praktiziert. Das Neue im ausgehenden 20. Jahrhundert ist, dass diese Maßnahmen nun weltweit und einheitlich - und besonders seit 1990 ohne Rücksicht auf Staaten und deren Regierungen - durchgesetzt werden können und dass dies im Namen von Freiheit, Entwicklung und Demokratie geschieht.

Die Folgen dieser Entwicklung werden seit 1990 besonders drastisch sichtbar. Gustavo Gutiérrez wurde 1990 gefragt, ob das Jahr 1989 eines der kritischsten Jahre in der Geschichte des Landes gewesen sei. Er antwortete: „Wissen Sie, was ich befürchte? Dass es noch viel tiefer geht. Schon seit vielen Jahren sprechen die Leute vom Tiefpunkt, und trotzdem geht es immer weiter bergab. Diese Verschlechterungen in den Lebensbedingungen eines seit Jahrhunderten armen Landes begannen vor etwa zehn oder zwölf Jahren. Diese Situation verlangt von unserem Land ein riesiges Opfer ab, wobei es wieder die Armen sind, die die Hauptlast zu tragen haben“.²⁰ Und er sollte Recht behalten.

Fujimori gewann 1990 die Wahl, weil er im Wahlkampf versprochen hatte, nicht die Bedingungen des IWF zu akzeptieren - im Gegensatz zu Vargas Llosa, der diese Bedingungen akzeptieren wollte, um Peru zu einem „modernen, kreditwürdigen Staat“ zu machen. Kaum war Fujimori an der Macht, setzte er genau das Programm um, gegen das er im Wahlkampf angetreten war. Es kam zum „Fuji - Schock“ (im Prinzip gleiche Maßnahmen wie 1978), deshalb so genannt, weil die Menschen wie gelähmt waren, denn viele Menschen erwarten von einem Austausch des Präsidenten immer wieder bessere Zeiten. Nach Verkündung des Programms am 8. 8. 1990 fiel das Realeinkommen im August 1990 auf 60% und bis Juli 1991 auf 20% des Niveaus von 1972. Weitere Anpassungen folgten. Ein wichtiger Erfolg hat diese Politik aber vorzuweisen: die Inflation wurde gestoppt.²¹ Insgesamt sieht aber das Ergebnis 1999 wie folgt aus: Peru hat inzwischen über 30 Milliarden Dollar Schulden und 1/3 der Exporterlöse werden für die Bezahlung von Zinsen aufgebracht. 9% der Erwerbsfähigen sind offiziell arbeitslos, aber über 85% sind ohne feste Arbeit, die Zahl der arbeitenden Kinder hat zugenommen,²² ebenso die Kindersterblichkeit und die Zahl der Erkrankungen, die auf mangelnder Ernährung beruhen, z.B. Tuberkulose. Der Mittelstand verarmt zusehends und selbst für Akademiker gibt es immer weniger Perspektiven. Etwa die Hälfte der Bevölkerung lebt zur Jahrtausendwende unter dem Existenzminimum. Misereor stellt für Peru fest, dass ein Drittel der Bevölkerung mit weniger als einem Dollar (absolute Armut) am Tag auskommen muss, in ländlichen Gebieten leben bis zu 80% der Campesinos in absoluter Armut.

¹⁹ Bischöfliches Hilfswerk Misereor (Hrsg.): Arbeitshefte: Indios in den Anden. Leidenswege - Hoffnungswege. Aachen: Misereorvertriebsgesellschaft, 1986, S. 34.

²⁰ Dok. 1, II: „Peru-Nachrichten“ Nr. 22, 1990. Die „Peru-Nachrichten“ werden herausgegeben vom Perubüro der BDKJ der Erzdiözese Freiburg.

²¹ Neben der Bekämpfung der Inflation ist die Gefangennahme von Abimael Guzmán und das Ende des Bürgerkrieges der größte Erfolg der Regierung Fujimoris. Das Ende des Terrors war 1995 mit entscheidend für die Wiederwahl Fujimoris. 1992 löste Fujimori das Parlament auf (autogolpe) und regierte mit Sondervollmachten.

²² El Comercio am 6. 12. 1999: Die Zahl der arbeitenden Kinder hat die Zwei-Millionen-Marke überschritten.

Die Position der peruanischen Bischöfe zur Auslandsverschuldung ist so eindeutig und einstimmig wie kaum zu einem anderen politisch-wirtschaftlichen Thema. Die Bischöfe können sich dabei auf Papst Johannes Paul II. berufen, insbesondere auf seine Enzyklika „Centesimus Annus“ (1993) und auf die Position des Vatikans im Zusammenhang mit dem Erlassjahr 2000 (in Peru: „Jubileo 2000“). In einem Vortrag auf der Katholischen Akademie Freiburg zum Thema: „Entwicklung braucht Entschuldung“ am 28. Mai 1994 sagte der damalige Generalsekretär der peruanischen Bischofskonferenz, Bischof Miguel Irizar: „Die heutige Welt erlebt sich jeden Tag mehr in einer größeren gegenseitigen Abhängigkeit. Diese Interdependenz erzeugt eine ganze Reihe von positiven Effekten, zugleich aber auch negative. Auf der einen Seite z.B. die Demokratie und die Menschenrechte, die sich immer mehr als universale Werte etablieren. Auf der anderen Seite müssen wir aber auch feststellen, dass sich das Kapital zu einem ausplündernden und ausschließenden Faktor entwickelt, der die Abhängigkeit ganzer Völker zur Folge hat, zugleich die Ansprüche und Gebräuche uniformiert und Welten aufzeigt, die für die Mehrheit der Menschen unerreichbar ist. Heutzutage präsentiert sich der Markt als fundamentale Ordnungsmacht der Welt... Die Auslandschuld stellt einen besonderen Teil dieser Missentwicklung in der internationalen Ökonomie dar und ist zugleich eine Verstärkung jener Logik der Machtanhäufung. Die Bezahlung der Schulden in ihrer jetzigen Form verpflichtet die Bevölkerung zu angestrengten Sparleistungen, die sich nicht auf die Entwicklung auswirken können“.²³ Neben der Forderung nach Erleichterung der Rückzahlung oder einer Teiltilgung der Schulden - auch hier beruft sich der Bischof auf die erwähnte Enzyklika - fordert Bischof Irizar schließlich eine neue internationale ökonomische Ordnung auf der Basis der Solidarität unter den Völkern, im Gegensatz und als Alternative zur bisherigen Logik der einseitigen Anhäufung von Kapital und Gütern.

Die Schuldenproblematik wird von den Bischöfen Perus und besonders von Bischof Dammert stets im größeren Kontext der Abhängigkeit von den reichen Ländern und einer ungerechten Weltwirtschaftsordnung gesehen, die ihren Ursprung in den kolonialen Strukturen hat. Die Schuldenkrise ist dabei nur ein Faktor bzw. eine Auswirkung dieser Weltordnung, allerdings ein sehr entscheidender Faktor. Bischof Irizar schließt: „Wir nehmen mit großem Schmerz zur Kenntnis, dass für die Weltwirtschaft in ihrer heutigen Struktur die Armen und ihr Schrei nach Leben keinen besonderen oder gar dringenden Faktor darstellen. So nehmen wir den Aufruf von Johannes Paul II. auf, gegen diesen Strom zu schwimmen, gegen die vielen Götzen, die uns überfluten und überrollen: das Geld, das Vergnügen, die Macht, die Ideologien. Kein einziges menschliches Wesen darf diesen Götzen der heutigen Zeit geopfert werden“.²⁴ Die Kampagne zum Schuldenerlass anlässlich des „Jubileo 2000“ (Jubeljahr 2000)

²³ Zitiert und in deutscher Übersetzung aus: „Peru-Nachrichten“, 10. Jg./Nr. 33, September 1994. Hrsg.: Perubüro im BDKJ der Erzdiözese Freiburg, S. 5. Bischof Irizar bezieht sich in seinem Vortrag explizit auf „Centesimus Annus“ und zitiert daraus (Nr. 34 - nachdem der Papst zuvor auch die Vorteile des Marktes genannt hat): „Es gibt aber unzählige menschliche Bedürfnisse, die keinen Zugang zum Markt haben. Es ist die strenge Pflicht der Gerechtigkeit und der Wahrheit zu verhindern, dass die fundamentalen menschlichen Bedürfnisse unbefriedigt bleiben und dass die davon betroffenen Menschen zugrunde gehen“ (Centesimus Annus Nr. 34).

²⁴ Ebd. S. 8. Diese Haltung der peruanischen Kirche hat sich bis heute nicht grundsätzlich geändert, auch dank engagierter Bischöfe wie bis zuletzt Bischof Bambarén (bis zum 4. 2. 2004 Bischof von Chimbote; sein Nachfolger: Bischof Simón). In einem Interview (in „La República“, 21. 2. 1999) sagt er zur Auslandsverschuldung: „Das Schlimmste ist jedoch, dass jeder Peruaner schon als Schuldner geboren wird, und auch als solcher stirbt. Die Kredite haben wir schon zurückbezahlt, aber die Zinsen fressen uns auf“ (Zitiert und in deutscher Übersetzung aus: Peru-Nachrichten“, 15. Jg./Nr. 47, 1999. Hrsg.: Perubüro im BDKJ der Erzdiözese Freiburg, S. 16). Typisch für die peruanische Kirche ist, dass sie die Armut und Ungerechtigkeit in Peru stets im weltweiten und weltwirtschaftlichen Zusammenhang sieht und von daher interpretiert. Bei europäischen Theologen und Bischöfen ist dies weniger zu beobachten. Analog zu den Kirchen in den armen Ländern, müssten die Kirchen in den reichen Ländern diese Zusammenhänge mindest in gleicher Deutlichkeit erkennen und analysieren, sind sie doch ebenfalls Teil dieser Welt und Weltwirtschaft. Allerdings ist der Standort ein anderer. Die Kirchen der armen Länder sehen mit den Augen der Opfer, die europäischen Kirchen stehen eher noch in der Tradition einer kolonialen Theologie und Praxis.

wurde in Peru zu einem großen Erfolg. Sie fand unter dem Motto „La Vida antes que la Deuda“ (Das Leben hat Vorrang vor den Schulden) statt. Fast alle kirchlichen Gruppen und Bewegungen haben die Kampagne unterstützt, die von CEAS (Sozialkommission der Bischofskonferenz) vorbereitet und koordiniert wurde. Deutsche Partnergemeinden, hier besonders die Freiburger Gemeinden, unterstützten die Kampagne durch Unterschriftenlisten etc. Am Ende der Kampagne konnten knapp zwei Millionen Unterschriften aus Peru (von 17 Millionen weltweit) anlässlich des G 7 - Gipfels am 18. Juni 2000 in Köln an die Vertreter der Gläubigerländer übergeben werden, aus Peru war Bischof Bambarén bei der Übergabe dabei. Kardinal Oscar Andrés Rodríguez Maradiaga aus Honduras übergab stellvertretend die Unterschriften an Bundeskanzler Schröder. Auf dem Ökumenischen Kirchentag 2003 in Berlin hielt Kardinal Maradiaga einen Vortrag mit dem Titel „Wem gehört die Welt?“ Seine wichtigsten Aussagen: Die Globalisierung habe die Kluft zwischen Arm und Reich noch verstärkt. Die Welt gehöre allen Menschen - dennoch subventioniere die EU eine Kuh in einem europäischen Stall mit 1,5 US-Dollar am Tag, während die Ärmsten der Armen in Lateinamerika, Afrika und Asien mit gerade mal 1 US-Dollar pro Tag durchkommen müssten. Nicht nur die neulich vergebens im Irak gesuchten Waffen seien Massenvernichtungsmittel. Zu den Massenvernichtungswaffen gehörten im Weltmaßstab Armut, Korruption und soziale Ungerechtigkeit. Rodríguez forderte statt der in den vergangenen Monaten betriebenen Schwächung der Vereinten Nationen eine stärkere internationale Staatengemeinschaft, die sich den Problemen der Globalisierung annehme - etwa überschuldeten Entwicklungsländern. In Anlehnung an das Papstwort von einer nötigen „Globalisierung der Solidarität“ rief er zum Einsatz für eine solidarisch globalisierte Welt auf.²⁵

Die Diözese Cajamarca ist besonders von den Auswirkungen der Auslandsverschuldung betroffen. Hier gibt es zwei Mammutprojekte deutscher Entwicklungshilfe, die Staudämme von Tinajones und Gallito Ciego.²⁶ Beide Projekte dienen nachweislich zuerst dem Export von hochwertigen landwirtschaftlichen Produkten und führten zu einer Verarmung der in diesem Gebiet lebenden Campesinos. „Die großen Projekte von Tinajones und von Jequetepeque dienen den großen Ländereien an der Küste. Sie benutzen dafür das Wasser und den Humus der Sierra. Die Belange der Sierra werden überhaupt nicht berücksichtigt - außer, dass sie das Wasser zur Verfügung stellen muss und dass dies zu mehr Erosion auf den Feldern führt; die Bewohner der Sierra stellen billige Arbeitskräfte zur Verfügung und in einigen Fällen wird ihr Land enteignet. Die Abhängigkeit und der Verderb der unterdrückten Region Cajamarca gehen weiter, ohne dass sich am Horizont irgendeine Lösung abzeichnen würde“.²⁷

Da 2000 das „System Fujimori“ zusammengebrochen ist und es in Peru danach zu einer bisher beispiellosen Aufklärung politischer und wirtschaftlicher Verbrechen kam, können nun Zusammenhänge besser erkannt und die Entwicklungen seit 1990 besser analysiert werden: Alberto Fujimori wurde im April 2000 nach einer manipulierten Verfassungsänderung, die ihm eine dritte Amtszeit ermöglichen sollte, erneut zum Präsidenten Perus gewählt. Doch bereits fünf Monate später musste er das Land fluchtartig verlassen, da ihm inzwischen gravierende Verbrechen nachgewiesen werden konnten und sein Machtapparat unter der Leitung von Vladimiro Montesinos auseinander gefallen war. Unter dem Übergangspräsidenten Va-

²⁵ Meldung der TAZ, Berlin, vom 30. Mai 2003. Der Kardinal gilt als „papabile“.

²⁶ Einzelheiten zum Staudamm Gallito Ciego in dem Artikel von Meister, Hans: Wasser fürs Leben; im Sammelband „Die globale Verantwortung“, S. 113-130. Der peruanische Staat muss die Zinsen für dieses Projekt auch dann noch bezahlen, wenn der Stausee schon längst versandet sein wird. Die (auch ökologischen) Lasten tragen die Campesinos, die von dem Wasser des Stausees fast nichts bekamen, vielmehr haben viele ihr Land verloren - ein typisches Beispiel für das Zustandekommen von Schulden zu Lasten der Ärmsten.

²⁷ Dammert: El deterioro de Cajamarca; 10. 12. 1975. Archiv IBC. Die Auswirkungen der zunehmenden Auslandsverschuldung auf die Menschen von Cajamarca werden im Abschnitt 6 (Partnerschaften) an einem konkreten Beispiel („Rosalia“) aufgezeigt. Dort werden Möglichkeiten genannt, wie sich deutsche Partnergruppen konkret für ihre Partner einsetzen und einen Beitrag für die Minderung der Auslandschuld leisten können.

lentín Paniagua wurde im Mai 2001 eine unabhängige Wahrheitskommission eingesetzt, die nicht nur die Verbrechen des gestürzten Regime, sondern auch die Zeit des Terrors von 1980 - 1992 untersuchen sollte. Am 28. Juli 2001 wurde Alejandro Toledo als neu gewählter Präsident in sein Amt eingeführt. Als eine seiner ersten Amtshandlungen bestätigte er im September 2001 die Einsetzung der Wahrheitskommission. Diese Kommission legte am 28. August 2003 ihren Abschlussbericht vor. Da in dem Bericht einige grundlegende Probleme der peruanischen Gesellschaft aufgedeckt werden, muss in aller Kürze darauf eingegangen werden.

Die Regierungszeit von Alberto Fujimori war geprägt von einer bis dahin beispiellosen Korruption. Während bisher zwar in Peru alle Präsidenten, einzelne Minister, Generäle etc. stets wesentlich reicher ihr Amt verließen, als sie es begonnen hatten, kam es im „System Fujimori“ erstmals zu einer der Mafia ähnlichen, systematischen Ausplünderung der Staatskassen. „Der vom Kongress im Juli 2002 gebilligte Bericht zielte darauf ab, Straftaten und Verbrechen in der Staatsverwaltung zu finden und Personen dafür verantwortlich zu machen. Nach zehn Monaten Arbeit stellte die Kommission fest, dass zwischen 1991 und 2000 insgesamt 228 staatliche Unternehmen verkauft wurden. 90% der Unternehmen im Bergbau-, 85,5 % im Gewerbe-, 68 % im Kohlenwasserstoff-, 68% im Elektrizitäts- und 35% im Agrarbereich wurden in Peru privatisiert. Für den Nobelpreisträger Joseph Stiglitz können Privatisierungen als Bestechungen verstanden werden. Und in Peru traf dies zu. Die Privatisierungen betrugen 9,22 Milliarden US\$, dennoch flossen nur 6,45 Milliarden US\$ dem Staat zu. Nach Meinung der Kommission kamen die Privatisierungen nur den transnationalen Firmen und dem Korruptionsnetzwerk zugute. Dieser Diebstahl wird straflos bleiben, falls er durch Gesetze, die damals entworfen wurden, weiter geschützt wird“.²⁸ Oscar Ugarteche weist anhand konkreter Beispiele nach, dass die verbliebenen 6,45 Milliarden nahezu ausnahmslos in den Taschen der führenden Vertreter des Regime flossen, sei es über die Gründung von Scheinfirmen, Scheinaufträgen, Schaffung neuer Posten oder direkt als „Provision“ für Gutachten etc. „Der Bau von Schulen und von Gesundheitsposten im ganzen Land war zudem ein offener Geldschrank, aus dem sich die Anhänger Fujimoris bedienten und sich so bereicherten“.²⁹

Könnte man die beschriebenen Zustände als typische Erscheinungen in einer Bananenrepublik bewerten, könnte man leicht zur Tagesordnung übergehen. Und dies geschieht auch oft. Übersehen wird dabei, dass es genau diese Zustände sind, die entweder von ausländischen Mächten und Konzernen so geschaffen wurden oder in denen sie sich besonders Gewinn bringend entfalten können. Die genannten Kommission weisen nach, dass sowohl von der Weltbank als auch einzelnen Konzernen und Banken - sehr wohl in Kenntnis der Mechanismen des Regime - die Wiederwahl Fujimoris sowohl 1995 als auch 2000 massiv gefördert wurde. Schon der Staatsstreich („autogolpe“) am 5. April 1992 diente dazu, die entsprechenden Wirtschaftsreformen wie z.B. Privatisierungen, ungehindert durchführen zu können. Experten der Weltbank und des IWF waren die maßgebenden Berater des Präsidenten.³⁰ Für Oscar Ugarteche und andere Experten wie Javier Iguíñez (IBC) steht fest, dass eine Zunahme wirtschaftlicher Frei-

²⁸ Jesús Espina: Zum Bericht des Kongressausschusses über die Korruption. In: Forum Solidaridad Perú, Nr. 26, November 2002. Neben der Kommission des Kongresses zur Untersuchung von Wirtschafts- und Finanzstraftaten wurde noch eine Kommission der Kongresses zur Untersuchung der Auslandsverschuldung zwischen 1990 und 2002 eingerichtet. Beide Kommissionen haben 2002 ihre Berichte vorgelegt. Die Berichte dieser Kommissionen sind nicht zu verwechseln mit dem Bericht der Wahrheitskommission. Sie stehen aber in einem engen Zusammenhang, weil sowohl die Einsetzung der beiden Kommissionen des inzwischen neu gewählten Parlaments (Kongress) als auch die Einsetzung der Wahrheitskommission vom Geist einer moralischen Erneuerung getragen wurden, von dem nach dem Sturz des alten Regime die peruanischen Gesellschaft erfasst worden war.

²⁹ Ugarteche, Oscar: „Los delitos económicos, made in Perú“. In: Ideele Nr. 148, S 88; vom 17. 12. 2003, Lima. Zu dem Bau von Schulen und Gesundheitsposten ist anzumerken, dass damit die Popularität des Präsidenten gesichert werden sollte. Doch die meisten dieser Gebäude stehen heute leer bzw. sie waren gar nicht vollendet und eingerichtet worden. Oscar Ugarteche, Professor für Internationale Finanzen an der PUC, von 2001 - 2003 Vorsitzender der Kommission des Kongresses für Wirtschaftsvergehen und Korruption, hat enge Kontakte zum IBC und gilt als einer der führenden Wirtschaftswissenschaftler Lateinamerikas.

heiten zumindest nicht automatisch zu mehr Demokratie führt. Am Beispiel der Ära Fujimori hat sich vielmehr das Gegenteil als richtig erwiesen: je mehr Freiheit für die „Globalplayer“, desto weniger Freiheit (d.h. mehr Elend) für die große Mehrheit des Volkes.

„Während des Kampfes der peruanischen Regierung gegen die Guerilla des Sendero Luminoso sind von 1980 bis 2000 offenbar weitaus mehr Menschen umgekommen als ursprünglich angenommen. Die Wahrheitskommission hat die vermutete Zahl der Opfer auf 50.000 bis 60.000 heraufgesetzt, wie der Präsident des Gremiums, Salomón Lerner, am 15. 6. bei den Vereinten Nationen in New York erklärte. Darin enthalten seien 7.000 bis 8.000 Menschen, die schlicht verschwunden seien. Bisherige Schätzungen waren von 30.000 Toten und 6.000 Verschwundenen ausgegangen. Die neuen Zahlen der Wahrheitskommission, deren Arbeit nach zwei Jahren kurz vor dem Abschluss steht, basieren auf den Anhörungen von fast 18.000 Opfern beziehungsweise Angehörigen von Opfern“.³¹ Salomón Lerner ist Präsident der PUC. In der Wahrheitskommission sind Personen aus dem Umfeld der befreiungstheologisch orientierten Kirche Perus stark vertreten (u.a. Luis Mujica), weil diese am wenigsten der Korruption verdächtigt werden. Der offizielle Abschlussbericht wurde am 28. August 2003 dem peruanischen Kongress übergeben.³² Darin wird die Zahl der Opfer mit 69.280 angegeben. 79% der Opfer sind Campesinos. 54% der Getöteten sind dem Terror des Sendero Luminoso zum Opfer gefallen. Die Sicherheitskräfte haben die meisten Menschen verschwinden lassen. Insgesamt gibt es im demokratischen Peru von 1980 - 1992 mehr Verschwundene als in Chile unter Pinochet. Die meisten Opfer (85%) stammen aus den Departements Ayacucho, Junín, Apurímac, Huanuco, Huancavelica (alle in der Sierra gelegen) und San Martín (Selva).

Neben der hier nicht zu beschreibenden Tragik des Terrors möchte ich aus dem Bericht der Wahrheitskommission zwei Punkte herausheben:

- Die von Politik und Medien beherrschte Öffentlichkeit, in der z.B. die Campesinos nicht vorkommen, nahm den Terror und den „Krieg in den Anden“ erst dann wirklich zur Kenntnis, als auch in den reichsten Vierteln in Lima die ersten Bomben explodierten. Es ist nicht so dramatisch, wenn „nur Indios“ getötet werden. „Das eigentliche Problem ist der Rassismus, die Diskriminierung der Mehrheit der Menschen“.³³
- Während die Einsetzung der Wahrheitskommission von allen relevanten gesellschaftlichen Kräften noch begrüßt worden war, gehen nun nach der Veröffentlichung der Ergebnisse, Parteien, Kirche und Militärs zunehmend auf Distanz bzw. lehnen die Ergebnisse scharf ab (u.a. Kardinal Cipriani).

Im Blick auf Cajamarca wird deutlich werden, was Rassismus, Freiheit und Befreiung sowie Demokratie in der Praxis bedeuten und welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind.

³⁰ Selbst der eigentlich starke Mann des Regime und Drahtzieher der peruanischen Waffen- und Rauschgiftmafia, Montesinos, hatte beste Kontakte zu US-amerikanischen Regierungsstellen. Besonders eng mit Fujimori verbunden war der damalige Erzbischof und heutige Kardinal von Lima, Juan Luis Cipriani.

³¹ Meldung der Nachrichtenagentur AP, New York, vom 18. 6. 2003.

³² Der gesamte Bericht, einschließlich verschiedener Zusammenfassungen und Schlussfolgerungen, u.a. in: „www.aprodeh.org.pe“. 31. 8. 2003; Stellungnahme und Kommentare auch auf „www.cajamarca.de“.

³³ Pilar Coll, Generalsekretärin der nationalen Menschenrechtskommission, ehemalige Mitarbeiterin im IBC, in einer Stellungnahme zum Bericht der Wahrheitskommission (Zitat aus einem Mail von Luis Mujica an mich). Luis Mujica schreibt in seinem Artikel „La aversión de lo diferente“ über die Ergebnisse der Wahrheitskommission (in Forum Solidaridad Peru, Nr. 38, November 2003) ebenfalls von einem in Peru herrschenden Rassismus. Laut Mujica ist die rassistische Diskriminierung wesentlicher Bestandteil der peruanischen Gesellschaft.